



**An die**

**Mitglieder des BTB Sachsen**

Aue, den 29. September 2021

*Info Nr. 37/2021*

## **Tarifverhandlungen für den TV-L 2021 beginnen**

Der Count-down läuft: am 8. Oktober 2021 startet in Berlin die erste Runde der Tarifverhandlungen für die Angestellten (und indirekt auch für die Beamten) der Länder.

Während die Gewerkschaften ihre Forderungen intern abgestimmt und nun auch öffentlich vorgelegt haben, werden (wie bei jeder Tarifverhandlung) die Arbeitgeber nicht müde zu betonen, dass es gerade jetzt wieder einmal nirgendwo Spielräume gäbe und alle Kassen leer seien. Dieses Jahr werden Corona und die damit verbundenen Kosten als Grund vorgeschoben.

Mit wohlklingenden Worten wird die Leistung der Kolleginnen und Kollegen sowie die auch unter Extrembedingungen verlässlich funktionierende Verwaltung „über den grünen Klee“ gelobt. Allerdings erwarten die Arbeitgeber jetzt, dass die Kosten der mit der Gießkanne verteilten (und oft nur politisch motivierten) finanziellen Wohltaten für die Bevölkerung durch die Beschäftigten refinanziert werden. Im Klartext: Die Regierungen verteilen großzügig, die Beschäftigten der Verwaltungen müssen dies mit z.T. gigantischer Mehrarbeit umsetzen - und als Dankeschön sollen sie dafür auch noch „Verzicht üben“.

Zeitgleich steigt aber die Inflationsrate in einem seit langem nicht mehr gesehenem Ausmaß. Das Statistische Bundesamt meldet aktuell: Inflationsrate +3,9%, Verbraucherpreise Energie +12,6% und Verbraucherpreise Nahrungsmittel +4,6%<sup>1</sup>. In den vergangenen Monaten lagen die Zahlen bei +3,8% (Juli), +2,3% (Juni), +2,5% (Mai), +2,0% (April), +1,7% (März), +1,3 (Februar), +1,0 (Januar) u.s.w. Der Trend ist erkennbar!

Es ist aber ein weiterer Trend erkennbar: Nach dem überraschend leichten Einbruch des Steueraufkommens (2019: 799,3 Mrd EUR, 2020: 739,7 Mrd EUR) prognostizieren die Statistiker für die kommenden Jahre einen Anstieg von 773,5 Mrd EUR (2021) auf 917,5 Mrd EUR in 2025<sup>2</sup>.

Vor diesem Hintergrund fordern wir eine Erhöhung der Tabellenentgelte der Beschäftigten um 5%, mindestens jedoch um 300 EUR monatlich für die Beschäftigten im Gesundheitswesen und 150 EUR für alle anderen Beschäftigten. Die Azubi-/Studierenden-/Praktikantinnen- und Praktikantenentgelte

<sup>1</sup> [www.destatis.de](http://www.destatis.de), abgerufen am 24.09.2021

<sup>2</sup> [de.statista.com](http://de.statista.com), abgerufen am 24.09.2021

sollen um 100 EUR monatlich steigen, ergänzt um die Zusicherung der Übernahme der Azubis nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung<sup>3</sup>.

Verbunden mit einer Laufzeit von 12 Monaten ist dies eine Forderung, die von keinem gerecht und billig denkenden Betrachter auch nur annähernd als „überzogen“ gewertet wird.

Wir erwarten dennoch eine harte und intensive Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern, da diese es sich nach wie vor zum Ziel gesetzt haben, die Beschäftigten nicht am jetzt beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben zu lassen. Es ist leider zu erwarten, dass die Arbeitgeber ihre Wertschätzung uns gegenüber dadurch unterstreichen, dass zur ersten Verhandlungsrunde wieder einmal keinerlei Verhandlungswille gezeigt wird, gefolgt vom üblichen Jammern, wie schlimm es doch um unseren Staat stehe.

Für die 2. Verhandlungsrunde am 1./2. November 2021 und die dritte Runde am 27./28. November 2021 könnte es daher wieder notwendig sein, mit Warnstreiks und anderen Aktionen deutlich zu machen, dass wir es sind, die den Staat am Laufen halten. Dafür rechnen wir im Übrigen mit Ihrer Unterstützung, denn: von nix kommt nix!!!

Gerade jetzt im Wahlkampf werden die unterschiedlichsten Ideen ventiliert, wie es künftig immer besser werden soll.

Aber:



---

<sup>3</sup> [www.dbb.de](http://www.dbb.de)